

"EU-Absage wie eine kalte Dusche" dans Die Welt (16. Dezember 1997)

Quelle: Die Welt. 16.12.1997. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Die Welt

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"eu_absage_wie_eine_kalte_dusche"_dans_die_welt_16_dezember_1997-de-54532fc9-1f30-45c7-a775-b9503ffa5226.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

EU-Absage wie eine kalte Dusche

Verletzter Stolz und innenpolitische Schwäche der Regierung Yilmaz prägen Reaktion in der Türkei

Von EVANGELOS ANTONAROS

Athen/Istanbul - Im überraschend eskalierten Streit zwischen der Europäischen Union und der Türkei ist Ankaras nationalkonservativer Premier Mesut Yilmaz um Ausgleich bemüht. Die Sozialdemokraten unter Vizepremier Bülent Ecevit, der seit Jahrzehnten aus seiner Abneigung gegenüber der EU keinen Hehl macht, reiben sich dagegen die Hände. Das Militär verhält sich schweigend-abwartend. Die von einem Parteiverbot bedrohten Islamisten sehen sich darin bestätigt, daß die von ihnen als „christlicher Klub“ empfundene EU der Türkei die kalte Schulter zeigt.

Dieses facettenreiche Bild herrscht in Ankara nach der Entscheidung der Fünfzehn, der Türkei den begehrten Kandidatenstatus bis auf weiteres zu verwehren. Dieses Nein kommt wie eine kalte Dusche: Bis zuletzt hatten Regierungsspitze und Presse so getan, als ob die EU doch einlenken und Ankaras Wunschvorstellungen erfüllen würde. „Wir wollten es ganz genau wissen und haben eine Absage als Antwort erhalten“, kommentierte mit unüberhörbarer Selbstkritik ein Istanbuler Blatt.

Vor diesem Hintergrund war die harsche Reaktion der türkischen Regierung unvermeidlich. Ihr liegen vorwiegend innenpolitische Motive zugrunde: EU-Freund Yilmaz steht an der Spitze einer brüchigen, auf lange Sicht kaum überlebensfähigen Koalition. Nur mit Mühe überstand er letzte Woche einen Mißtrauensantrag im Parlament. Nicht er, sondern Ecevit und dessen Parteifreund Ismail Cem haben in der Außenpolitik das letzte Wort. Ihre Strategie: Mit einer Mischung aus Maximalforderungen und Drohungen wollten sie die EU zum Einlenken zwingen.

Noch vor der Sondersitzung des Kabinetts am Sonntag hatte Ecevit den Ton vorgegeben: Ab sofort müsse der politische Dialog mit der EU, vor allem im Zusammenhang mit Griechenland und der Zypern-Krise, eingestellt werden. Yilmaz, der Ende der Woche bei US-Präsident Clinton sein wird, schwenkte aus innenpolitischen Gründen notgedrungen ein und bemühte sich dennoch um Schadensbegrenzung: Die Türkei könne keine Bedingungen akzeptieren und werde der Europakonferenz fernbleiben. Aber ganz wollte er die Tür nicht zumachen: „Die Türkei will ihre Bemühungen um Einbindung in die EU fortsetzen. „Diese Haltung spiegelt auch die Grundeinstellungen der sich immer aktiver in die Politik einmischenden Armee wider. Der mächtige Vizegeneralstabschef Cevik Bir hatte kürzlich die EU aufgefordert, der Türkei einen genauen Zeitplan zum Beitritt vorzulegen.

Zugleich fühlen sich die Türken von der EU schlicht gekränkt. Als Volk haben sie die Zugehörigkeit zum Westen seit Atatürks Zeiten zur Staatsideologie gemacht und eine latente Identitätskrise nie eindeutig bewältigt. Die Balkenüberschriften in der türkischen Presse gestern tönten von einer „stolzen Absage an Europa“.

Im Nachbarland Griechenland äußerte Ministerpräsident Kostas Simitis die Befürchtung, daß die nächsten Monate „sehr krisenreich“ sein könnten: Athen nimmt Ankaras Drohung „sehr ernst“, das Türkisch kontrollierte Nordzypern einzuverleiben, sollten die Beitrittsverhandlungen mit Zyperns Griechen Ende März beginnen.

Nüchterne Stimmen in Ankara weisen zwar darauf hin, dass die Türkei keine echte Alternative zu Westeuropa habe – und das nicht nur, weil mehr als 60 Prozent des Außenhandels mit der EU abgewickelt werden. Zudem hat der islamische Gipfel in Teheran eben gezeigt, wie isoliert die Türkei in der arabisch-islamischen Welt ist. Trotzdem wird sich der Zorn so bald nicht legen: Weil die Regierung sehr labil ist und Neuwahlen anstehen, kann sich keine Partei - schon gar nicht Yilmaz' Mutterlandspartei – den Gesichtsverlust einer erneuten Kehrtwende gegenüber der EU leisten.